

## Information für die Mitglieder der LKR (vertraulich)

*Aufforderung des Landesvorstandes Baden-Württemberg zum Rücktritt des Bundesvorstandes (übermittelt am 03.08.2017)*

### Kommentierung durch den Generalsekretär der Bundespartei (18.08.2017)

*Liebe Freunde im Bundesvorstand,*

*unabhängig von dem Dank, der den Mitgliedern im Bundesvorstand für Ihre geleistete Arbeit gebührt, hat der Landesvorstand Baden-Württemberg am 31.07.2017 einstimmig beschlossen, den Bundesvorstand zu bitten, baldmöglichst, jedenfalls aber noch in diesem Jahr eine Neuwahl des Bundesvorstands zu ermöglichen.*

#### Kommentar:

Die „Bitte“ als solche ist legitim. Der gesamte weitere Text ist jedoch keine „Bitte“, sondern der Versuch einer Generalabrechnung mit dem Bundesvorstand im Stil einer Anklageschrift, was die weiteren Passagen beweisen. Mittlerweile hat der Landesvorstand den Inhalt breit gestreut (unter anderem Mitglieder Baden-Württemberg, Facebook), und zwar NACH der Ankündigung des Bundesvorstandes von Neuwahlen am 17. September

*Hintergrund hierfür sind vor allem zwei Themenkreise.*

*1. Konsequenz aus den verheerenden Wahlniederlagen im Saarland und in Schleswig-Holstein verbunden mit dem hieraus folgenden Nichtantritt zur Bundestagswahl*

#### *a. Politische Verantwortung*

*Eine Führungsposition einzunehmen bedeutet auch, dass im Fall von Misserfolgen die politische Verantwortung übernommen wird und persönliche Konsequenzen gezogen werden. Zuvorderst gebietet es der Anstand im Politikbetrieb, dass nach krachenden Wahlniederlagen das Amt zur Verfügung gestellt wird und erneut um Vertrauen gebeten wird. Gerade die LKR, die sich dem politischen Anstand verschrieben hat, darf es sich nicht zur Gewohnheit machen, dass Bundesvorstände an ihren Posten kleben.*

#### Kommentar:

Niemand behauptet, dass in den Wahlkämpfen keine Fehler gemacht und keine Fehleinschätzungen begangen worden seien. Ausschlaggebend für die tatsächlichen Ergebnisse waren diese allerdings kaum. Die Einschätzung zu den wesentlichen Gründen liegt derzeit den Mitglieder im Rahmen der laufenden Befragung vor.

Wenn schon auf den „Politikbetrieb“ abgestellt wird, dann bedeutet dieser eingeforderte „Anstand“, dass für Landtagswahlergebnisse die jeweiligen Landesvorsitzenden bzw. Spitzenkandidaten die Verantwortung übernehmen:

Weder sind Frau Merkel nach dem CDU-Desaster in Mecklenburg-Vorpommern (weniger Stimmen als AfD), Herr Schulz nach den SPD-Niederlagen in Saarland, Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen noch Herr Lindner nach dem FDP-Scheitern im Saarland oder Frau Göhring-Eckhardt und Herr Özdemir nach den schlechten Ergebnissen der Grünen im Saarland oder NRW als Bundesvorsitzende zurückgetreten., geschweige denn die gesamten Bundesvorstände.

In Schleswig-Holstein habe ich als Landesvorsitzender und Spitzenkandidat selbstverständlich die politische Verantwortung übernommen, in dem ich zunächst im Landesvorstand und anschließend in einer Mitgliederversammlung die Vertrauensfrage gestellt habe. In beiden Fällen wurde mir dieses Vertrauen einstimmig ausgesprochen. Im Saarland ist Sven Wagner diesen Weg nicht gegangen, aber auch das ist ausschließlich die Angelegenheit des Landesverbands Saarland.

Auch Bernd Kölmel hat seinen Rücktritt als stellvertretender Bundesvorsitzender zum 17. Juni gerade nicht mit einer Verantwortung für die Wahlniederlagen begründet,, sondern ausschließlich mit Arbeitsüberlastung in der Funktion als Europaabgeordneter (sein derzeitiger Beruf), als Landesvorsitzender von Baden-Württemberg und als stellvertretender Bundesvorsitzender.

Ob es angemessen und im Sinne des Parteifriedens gemäß § 3 v(5) der Bundessatzung ist früheren Vorstandskollegen, die mit teilweise äußerstem Einsatz für diese Partei eintreten, implizit fehlenden Anstand zu unterstellen, möge jeder für sich beurteilen.

#### b. Gravierende Fehlentscheidungen

- Nach den bereits enttäuschenden Wahlergebnissen in Mecklenburg-Vorpommern und Berlin war offensichtlich, dass sich die LKR angesichts ihrer beschränkten Mittel auf eine Landtagswahl hätte konzentrieren müssen. Statt die Lehren aus der Vergangenheit zu ziehen, entschied der Bundesvorstand, an zwei Wahlen teilzunehmen (Saarland und Schleswig-Holstein) und damit die begrenzten finanziellen und personellen Ressourcen der LKR zu verzetteln.

#### Kommentar:

Die Entscheidung zur Teilnahme an Landtagswahlen wird und wurde nicht vom Bundesvorstand, sondern in der ausschließlichen Verantwortung des jeweiligen Landesverbands getroffen. Dies ist den Verfassern des Schreibens bekannt und bewusst.

Dabei hatte es im Vorfeld auf Grund des desolaten Zustandes des dortigen Landesverbandes durchaus Bedenken gegen die Teilnahme an der Saarlandwahl gegeben, allerdings hat es gerade auch aus Baden-Württemberg nicht an Ratschlägen gefehlt, dass die Partei an dieser Wahl unbedingt teilnehmen möge.

Die Beschlüsse zur Vollfinanzierung des Wahlkampfs im Saarland sowie zur Mitfinanzierung des Wahlkampfes in Schleswig-Holstein Holstein mittels Darlehn über 100.000 € (Saar) und 250.000 € (SH) sind im Bundesvorstand einstimmig gefasst worden unter Beteiligung der damaligen beiden stellvertretenden Bundesvorsitzenden aus Baden-Württemberg, Bernd Kölmel und Dirk Manske

Bei der Abstimmung zur Gewährung des Darlehns an Schleswig-Holstein gab es dabei exakt zwei Enthaltungen, und zwar durch den stellvertretenden Schatzmeister Bernd Angelé und mich als Generalsekretär, da ich als Landesvorsitzender von Schleswig-Holstein an der Beschlussfassung nicht aktiv mitwirken wollte.

Zu diesem Zeitpunkt ist kein Landesverband im Bundesvorstand stärker vertreten gewesen als Baden-Württemberg mit 20 % der stimmberechtigten Mitglieder, alle drei in Personalunion auch Mitglieder des Landesvorstandes Baden-Württemberg.

- *Somit war von vornherein offensichtlich, dass das vom Bundesvorsitzenden auf dem Landesparteitag in Stuttgart ausgegebene Motto „im Saarland werden wir 3% aufgrund unseres großen Mitteleinsatzes erzwingen“ eine Illusion war.*

#### Kommentar:

Christian Kott ist am 12. November 2016 zum Bundesvorsitzenden gewählt worden. Auf dem Landesparteitag in Stuttgart hat er kurz danach ein Ziel formuliert, das er für möglich gehalten hat, das aber nicht eingetreten ist, das aber auch zur Unterstützung des Wahlkampfs im Saarland motivieren sollte. Niemand in der Partei ist davon ausgegangen, dass am Ende das Ergebnis 0,2 Prozent herauskommen würde.

Wenn dies von vornherein ersichtlich war, stellt sich die Frage, warum dies seitens Landesvorstandes Baden-Württemberg oder der baden-württembergischen Bundesvorstandsmitglieder nicht auch von vornherein eingewendet worden ist.

- *Angesichts der begrenzten Ressourcen der LKR wurde dem Bundesvorstand vielfach nahegelegt, einen online-Wahlkampf zu führen. Der Bundesvorstand entschied jedoch, die weit überwiegenden Mittel für den klassischen Wahlkampf einzusetzen, bei dem die LKR den etablierten Parteien weit unterlegen sein musste. Aufgrund der durch den Bundesvorstand gepflegten Intransparenz der wirtschaftlichen Verhältnisse der LKR liegen nur spärliche Informationen zum Mitteleinsatz vor. Aus diesen ergibt sich, dass für den online-Wahlkampf im Saarland weniger als 2.000 Euro eingesetzt wurden (Gesamteinsatz wohl über 120.000 Euro).*

#### Kommentar:

Im Gegensatz zu dem Schleswig-Holstein Wahlkampf, der in der ausschließlichen Verantwortung des dortigen Landesverbandes geführt wurde, musste der Bundesvorstand im Saarland auf Grund der Situation des dortigen Landesverbandes viele Entscheidungen und auch die Wahlkampfleitung aus dem Stand an sich ziehen, um die Wahlkampfführung halbwegs sicher zu stellen.

Die Budgetierung ist vom Bundesvorstand einstimmig beschlossen worden. Die Behauptung einer finanziellen Intransparenz durch den früheren stellvertretenden Bundesvorsitzenden Bernd Kölmel, der sich begrüßenswerter Weise sehr aktiv sowohl in dieser Funktion wie auch als Europaabgeordneter und als Landesvorsitzender Baden-Württemberg in Wahlkampf eingebracht hat und maßgeblich in den Wahlkampf eingegriffen hat, sind nicht nachzuvollziehen.

Tatsächlich ist es anders als in Schleswig-Holstein im Saarland zu einer ca. 20%-igen Überschreitung des Budgets gekommen, die in erster Linie durch eigenmächtige Aktionen einzelner außerhalb des Bundesvorstandes im Umfeld von Veranstaltungen sowie durch die nachträglich erforderlich gewordene Übernahme von Kosten zurückzuführen sind, die ursprünglich von dritter Seite zugesagt waren.

Weder der damals stellvertretende Bundesvorsitzende Bernd Kölmel noch eines der anderen baden-württembergischen Mitglieder des Bundesvorstandes hat innerhalb des Bundesvorstandes mit nur einem einzigen Wort kritisiert, was man Monate nach den Wahlen personenidentisch als Rücktrittsgrund für den Bundesvorstand ausgibt – fast so, als würde es sich um völlig verschiedene Persönlichkeiten handeln.

Angesichts dessen ist die falsche Behauptung einer finanziellen Intransparenz und die Verbreitung dieser Behauptung ein Vorgang, der geeignet ist, die Partei insgesamt zu beschädigen.

- *Die Gestaltung und Auswahl der Wahlplakate im Saarland wurden in einer Nacht-und-Nebel-Aktion von einem nicht bekannten Kreis im Bundesvorstand entschieden. Darüber gab es weder einen Beschluss im Bundesvorstand, noch eine Einbeziehung des betroffenen Landesverbandes im Saarland.*

#### Kommentar:

Die Plakate im Saarland mussten kurzfristig von der Wahlkampfleitung entschieden werden, da seitens des Landesvorstandes weder brauchbare Vorschläge noch weitere angeforderte Unterlagen geliefert worden waren. Das Entscheidungsverfahren ist im Bundesvorstand erläutert und durch keines der baden-württembergischen Bundesvorstandsmitglieder im Bundesvorstand bis zu dem jetzigen Schreiben des Landesvorstandes Baden-Württemberg Schreiben jemals kritisiert worden.

- *Trotz des desaströsen Ergebnisses im Saarland wurden im Wahlkampf in Schleswig-Holstein sogar noch mehr Mittel ausgegeben, obwohl kein einziger belastbarer Grund erkennbar war, warum das Wahlergebnis in Schleswig-Holstein besser ausfallen sollte als im Saarland. Dies*

#### Kommentar:

Die Wahl am Saarland hat am 27. März stattgefunden. Die „heiße Phase“ des Schleswig-Holstein-Wahlkampfes hat am Freitag, 25. März mit der Plakatierung begonnen. JEDEM Verfasser des Baden-Württemberg-Schreibens muss bewusst gewesen sein, dass alle

wesentlichen Vorbereitungen und Entscheidungen für Schleswig-Holstein zum Zeitpunkt des saarländischen Wahlergebnisses längst getroffen und größtenteils auch beauftragt waren.

Weiterhin ist den Verfassern des Schreibens und insbesondere dem baden-württembergischen Landesvorsitzenden und damaligen stellvertretenden Bundesvorsitzenden Bernd Kölmel folgendes bekannt gewesen:

Während der Saarland-Wahlkampf aus bereits genannten Gründen vollkommen improvisiert werden musste und aus der Not heraus – es gab nicht einmal ein beschlossenes Landtagswahlprogramm – ausschließlich mit bundes- und europapolitischen Themen geführt wurde, ist der schleswig-holsteinische Landtagswahlkampf von einem funktionierenden Landesverband mit einem klaren landespolitischen Schwerpunkt geführt worden. Darüber hinaus ist dieser Wahlkampf über anderthalb Jahre vorbereitet worden.

NIEMAND hat nach dem saarländischen Wahlergebnis die absurde Forderung aufgestellt, den bereits laufenden schleswig-holsteinischen Wahlkampf abubrechen, auch nicht die baden-württembergischen Bundesvorstandsmitglieder und auch nicht der baden-württembergische oder sonst ein Landesvorstand.

Diese „Argumentation“ ist deshalb besonders kritisch zu beleuchten, weil sie den Versuch einer gezielten Legendenbildung und bewussten Manipulation der Leser besonders plastisch offenbart.

An dieser Stelle muss der Hinweis erlaubt sein, dass es sich bei den Verfassern nicht um unbedarfte Neulinge, sondern um erfahrene Landesvorstandsmitglieder handelt, unter anderem um einen früheren stellvertretenden Bundesvorsitzenden, der mit Wahlkampfplanungen bestens vertraut ist

*insbesondere, weil unsere begrenzten Mittel wiederum hauptsächlich für traditionelle Wahlwerbung ausgegeben wurden.*

#### Kommentar:

Das Wahlkampfkonzept des Landesverbands Schleswig-Holstein ist im November 2016 im Bundesvorstand auf einer Präsenzsitzung, an der Bernd Kölmel als stellvertretender Bundesvorsitzender anwesend war, ausführlich erläutert und einhellig gutgeheißen worden.

Das Konzept ist anschließend in Siegen zunächst dem Parteirat und dann dem Parteitag vorgestellt worden. Es beruhte auf den vier Säulen Plakatierung, Flyerverteilung, **digitaler Wahlkampf** und mobile Wahlkampf Bühne. An diesem Konzept hat es weder aus Baden-Württemberg noch von sonst jemandem auch nur ein Wort der Kritik gegeben. Selbstverständlich geht es darum, alle verfügbaren Marketingkanäle zu benutzen um über einen Marketingmix die größtmögliche Reichweite zu erzielen.

Der Vorschlag den Bundestagswahlkampf bundesseitig rudimentär auf eine rein digitale Wahlkampf Führung zu beschränken hing ausschließlich damit zusammen, dass für die anderen Kanäle die Mittel nicht aufzubringen gewesen wären.

Online-Wahlkampf ist eine wesentliche und zunehmend wichtigere Komponente. Aus gutem Grund empfiehlt jedoch kein ernstzunehmender Fachmann die Beschränkung auf diesen einen Marketingkanal. Auch die Empfehlung des Bundesvorstandes im Falle der Teilnahme an der Bundestagswahl war, dass der Bund freie Mittel in Höhe von 55.000 € auf den digitalen Wahlkampf der Bundesebene konzentriert und die Landesverbände, die insgesamt über wesentlich höhere Mittel verfügen, im Rahmen ihrer jeweiligen Möglichkeiten über den Einsatz zusätzlicher Plakate, Flyer etc. entscheiden.

*• Diese Ausgaben wurden mit Darlehen des Bundesvorsitzenden finanziert. Für die Darlehen haften jedoch nicht nur die beiden Landesverbände, sondern die Gesamtpartei. Diese Darlehen müssen zurückgeführt werden und lassen der Gesamtpartei in den nächsten Jahren kaum Spielräume offen. Auch aus diesem Grund waren kaum Mittel für einen Bundestagswahlkampf verfügbar. Aus der Priorisierung der Landtagswahl in Schleswig-Holstein durch den Bundesvorstand ergibt sich eine erhebliche finanzielle Beschränkung für die Bundespartei und mittelbar für alle Landesverbände, die über die nächsten Jahre andauern wird.*

#### Kommentar:

Auch diese Argumentation ist mehrfach falsch.

Zum einen hat es keine Konzentration auf Schleswig-Holstein gegeben, das Bundesdarlehen an den Landesverband Schleswig-Holstein ist im Vergleich zum Saarland bezogen auf die Bevölkerungszahl, insbesondere aber auf die Mitgliederzahl geringer.

Zum anderen trifft es nicht zu, dass die Rückführung der von Christian Kott gewährten Darlehen zu geringeren Zuweisungen an die Landesverbände führt, weder bei den Anteilen aus den Mitgliedsbeiträgen noch bei den Anteilen aus der staatlichen Parteienfinanzierung.

Eingeschränkt werden allerdings ohne Zweifel die Spielräume der Bundespartei. Diese Einschränkung betrifft die Mittel für Kampagnen und für zukünftige Wahlkämpfe, ohne dass die Bundespartei jedoch dadurch handlungsunfähig wäre.

Auch wenn ich mich wiederhole: Gegen die Darlehnsaufnahme und Finanzierung der Wahlkämpfe hat es weder im Bundesvorstand noch sonst aus Parteikreisen Widerspruch gegeben, aus gutem Grund auch nicht vom damalige stellvertretende Bundesvorsitzenden und weiterhin baden-württembergischen Landesvorsitzenden Bernd Kölmel:

Allen Beteiligten war klar, dass die Finanzierung eines flächendeckenden Bundestagswahlkampfes, für den als Minimum die Aufnahme von Darlehen über 2 Millionen Euro erforderlich gewesen wären, nur dann möglich gewesen wäre, wenn zuvor mindestens in Schleswig-Holstein ein Ergebnis deutlich über ein Prozent erreicht worden wäre. Aus diesem Grund ist der Mitteleinsatz so erfolgt, wie beschrieben und von der Partei bis dahin geschlossen mitgetragen.

• *Erschwerend kommt hinzu, dass ein großer Teil der Mittel für den Wahlkampf in Schleswig-Holstein für die Verteilung von Flyern ausgegeben wurde. Für diese Verteilung wurde eine Firma beauftragt, die sich in Baden-Württemberg als sehr unzuverlässig gezeigt hat. Der Landesverband Baden-Württemberg hat daher gegen diese Firma Rückzahlungsansprüche von über 20.000 Euro geltend gemacht. Von einer gerichtlichen Durchsetzung haben wir abgesehen, da die Firma eine ausgesprochen schlechte Bonität aufweist („kein gutes Geld dem Schlechten hinterherwerfen“). Jürgen Joost als Generalsekretär und Landesvorsitzender Schleswig-Holstein wurde über diesen Sachverhalt informiert. Er hat sich dennoch entschieden, den Vertrag mit dieser Firma zu schließen. Unser Wunsch, dann wenigstens die von uns erhobene Forderung in diesem Zusammenhang vergleichsweise zu erledigen oder zu verrechnen, wurde schlicht übergangen.*

#### Kommentar:

Die Verteilung wurde in Schleswig-Holstein von der beauftragten Firma mit großer Zuverlässigkeit erledigt. Die Auftragsvergabe erfolgte u.a. auf Grund positiver Referenzen aus Rheinland-Pfalz und Niedersachsen sowie weiterer Referenzen aus Schleswig-Holstein selbst. Die Reichweite wurde gegenüber einem Angebot der wesentlich teureren Deutschen Post AG um fast 40% gesteigert.

Die Firma wurde von mir mit der baden-württembergischen Darstellung konfrontiert und hat mir Einblicke in den gesamten Schriftverkehr einschließlich vieler E-Mails gewährt. In Kenntnis dieser Details gab es keinen Grund, die Firma nicht zu beauftragen.

Zudem hat der baden-württembergische Landesverband diese Ansprüche gerade NICHT rechtlich geltend gemacht, wie er selbst zugibt.

Das Ansinnen des Landesverbandes Baden-Württemberg war, dass Schleswig-Holstein solle die Auftragssumme um einen bestimmten Betrag kürzen und diesen nach Baden-Württemberg überweisen sollte. Angesichts eines fehlenden rechtlichen Titels war dieses Ansinnen gegenstandslos, dem konnte seitens des LV Schleswig-Holstein folglich auch nicht entsprochen werden.

Dass dieser Vorgang, der eigentlich mit Problemen des LV Baden-Württemberg aus seinem eigenen Landtagswahlkampf zu tun hat, nun als Grund für eine Rücktrittsforderung gegenüber dem Bundesvorstand aufgeführt wird, wirft ein Schlaglicht auf das gesamte Schreiben des Landesvorstandes Baden-Württemberg.

• *Der Bundesvorstand war bisher nicht in der Lage, eine gut funktionierende Geschäftsstelle aufzubauen. Stattdessen ist zwar ein Büro in Berlin angemietet, jedoch ist dort kein Personal eingesetzt. Dies hat z.B. dazu geführt, dass der ehemalige Bundespressesprecher aus Protest sein Amt ruhen lies, weil er als „Berliner“ trotz vielfacher Hinweise und entgegen seinem Wunsch gezwungen war, die Post in der BGS abzuholen und als Diensthote für den Bundesvorstand zu agieren. Am Rande sei angemerkt, dass bereits seit November letzten Jahres ein Angebot des Landesvorstandes Baden-Württemberg vorliegt, die BGS in der – funktionierenden – LGS Baden-Württemberg gegen Kostenbeteiligung mitzuführen. Für die Gesamtpartei ergäben sich aus objektiver Sicht Synergieeffekte und Einsparpotential.*

Kommentar:

Die Bundesgeschäftsstelle in Berlin ist nie mit einer personellen Besetzung vor Ort geplant gewesen, sondern als notwendige Adresse am satzungsmäßigen Sitz der Partei in der Bundeshauptstadt. Dabei wird derzeit die Adresse des Landesverbandes Berlin in einem Untermietverhältnis mitgenutzt. Aus Kostengründen hat der LV Berlin die Geschäftsstelle zum 30.09. gekündigt, die Bundespartei wird ihre zukünftige Berliner Adresse deshalb kostengünstig in einem Bürozentrum haben.

Die Behauptung, dass der ehemalige Pressesprecher sein Amt ruhen ließ, weil er gezwungen gewesen wäre Post abzuholen ist eine Erfindung. Die Briefpost der Bundespartei wird per Nachsendeauftrag weitergeleitet, Schriftstücke der Bundestagsverwaltung und des Bundeswahlleiters, für die ein Nachsendeverbot besteht, werden direkt an den Generalsekretär und nicht an die Bundesgeschäftsstelle zugestellt. Probleme hat es zwischenzeitlich mit Einschreiben mit Rückschein gegeben, die auf Grund von Fehlern der Postzusteller nicht weitergeleitet worden waren, sondern vor Ort von Christian Schmidt abgeholt werden mussten.

Zukünftig wird alle Post einschließlich Schreiben mit Nachsendeverbot und Pakete an der neuen Berliner Adresse in Empfang genommen und von dort an die zuständigen Empfänger weitergeleitet.

Die telefonische Erreichbarkeit (das war tatsächlich ein Grund für Christian Schmidt in den „Streik zu treten, weil auf der Website längere Zeit nur seine Telefonnummer angegeben war) ist längst über einen virtuellen Anbieter geregelt.

Der Vorschlag der zusätzlichen Mitnutzung der Landesgeschäftsstelle Baden-Württemberg gegen Entgelt würde nicht zu Einsparungen, sondern zu Mehrkosten führen, da der LV Baden-Württemberg hierfür Geld verlangt.

- *Das Fehlen einer BGS führt zu organisatorischer Schwäche der Partei. Innerparteiliche Abläufe (Mitgliederverwaltung, Mahnwesen) funktionieren nur eingeschränkt. Die Schriften der Partei sind über zahlreiche Privatwohnungen verteilt. Besonders bei Rück- und Austritten ist das problematisch. Alle Dateien des Vorstandes liegen auf privaten Rechnern, die Bundespartei besitzt keine parteieigenen Rechner für die Vorstandsarbeit.*

Kommentar:

Die Behauptung, dass Mitgliederverwaltung und Mahnwesen seitens der Bundespartei nur eingeschränkt funktionieren ist falsch. Die Behauptung, dass die „Schriften der Partei“ über „zahlreiche Privatwohnungen verteilt“ seien, ist ebenso falsch.

Tatsächlich befinden sich die Parteidokumente im Original entsprechend der Zuständigkeit beim Bundesschatzmeister, beim Generalsekretär sowie bislang in Rechtsangelegenheiten der Justitiarin in deren jeweiligen Geschäftsräumen sowie bezüglich der Mitgliederverwaltung bei der zuständigen Mitarbeiterin. Nach dem Rücktritt der Justitiarin



Margot Rheinheimer-Bradtke werden die bislang in ihrer Kanzlei geführten Unterlagen an den Generalsekretär übergeben.

Die Aussage, dies sei besonders „bei Rück- und Austritten ... problematisch“ ist ebenfalls bar jeder Grundlage.

Probleme bei Austritten entstehen – wenn überhaupt - ausschließlich dann, wenn diese an Landesverbände gemeldet und von diesen nicht an die Bundesgeschäftsstelle/ Mitgliederbetreuung weitergereicht werden.

Nicht bei einem einzigen Rücktritt auf Bundesebene hat es jemals das Problem gegeben, dass diese nicht unverzüglich zur Kenntnis gelangt wären. Probleme tauchen allenfalls dann auf, wenn Landesverbände die Rücktritte innerhalb ihrer Zuständigkeit nicht weiterleiten. Das hat aber nicht das Geringste mit der Existenz einer teuren physischen statt einer kostengünstigen virtuellen Geschäftsstelle, sondern mit der Disziplin der jeweiligen Landesverantwortlichen zu tun.

Für eine Partei unserer derzeitigen Größe wäre die Einrichtung einer durchgehend hauptamtlich besetzten Bundesgeschäftsstelle schon alleine auf Grund der Kosten utopisch. Dies würde voraussetzen, dass der Bundesanteil an den Mitgliedsbeiträgen drastisch erhöht werden müsste und der Arbeit vor Ort das Geld zu Gunsten administrativer Ausgaben entzogen würde.

Gleiches gilt für die Arbeit der Landes- und Regionsverbände, mit Ausnahme von Berlin (bis zum 30.09., wobei die Geschäftsstelle anfangs über Spenden finanziert wurde) und Baden-Württemberg. Selbstverständlich werden die Unterlagen der Partei überall sonst in privaten Arbeitszimmern oder in Geschäftsräumen der Landesvorsitzenden, Landesschatzmeister oder anderer Vorstandsmitglieder gelagert und keine eigenen Geschäftsstellen angemietet.

Es liegt in der Entscheidungshoheit des Landesverbandes Baden-Württemberg, mit seinen Geldern eine physische Geschäftsstelle zu betreiben, wenn er dies für wirtschaftlich hält, oder – wie lange geschehen - halbtags einen hauptamtlichen Landesgeschäftsführer oder sonstiges Verwaltungspersonal zu bezahlen. Der Bundesvorstand würde sich nicht anmaßen, den Landesverband dafür zu kritisieren.

Es ist jedoch nicht die Aufgabe der Bundespartei, hierzu eine wie auch immer geartete Kofinanzierung zu leisten.

Selbstverständlich besitzt die Bundespartei auch keine parteieigenen Rechner für die Vorstandsarbeit. Es ist auch nicht bekannt, dass Landesvorstandsmitglieder in irgendeinem anderen Landesverband – offensichtlich mit Ausnahme von Baden-Württemberg, sonst würde dieser ganze Passus keinen Sinn ergeben – Rechner für Vorstandsmitglieder beschafft hätten.

Tatsächlich gibt es drei parteieigene Rechner im Eigentum der Bundespartei, wo sie funktional oder aus Datenschutzgründen erforderlich sind: Für die Buchhaltung, für grafische Anwendungen sowie zur Steuerung der Technik bei Veranstaltungen und Parteitag.

Die Mitglieder des Bundesvorstandes betreiben auf ihren Rechnern keine personenbezogene Datenhaltung, ebenso wenig wie Mitglieder von Landesvorständen dazu befugt wären. Alle personenbezogenen Daten von der Mitgliederverwaltung bis zu Mailinglisten liegen auf zentralen, gesicherten Servern der Bundes-IT bzw. bei Unternehmen der Auftragsdatenverarbeitung.

Der Bundesvortand hat bislang keine Veranlassung gesehen, Parteigelder für die Anschaffung von Vorstands-PCs auszugeben und es ist auch niemals von irgendeinem Mitglied beantragt worden – auch nicht von früheren oder aktuellen Bundesvorstandsmitgliedern aus Baden-Württemberg.

• *Insgesamt agiert der Bundesvorstand in vielen Bereichen als Ankündigungsgremium, wobei den Ankündigungen entweder keine oder verspätete Aktionen folgen. Beispielsweise sei an die sogenannte Kampa erinnert, die angeblich zentral alle Wahlkampffaktionen koordinieren und vorbereiten sollte. Oder an die Aktion „5 vor 12“, mit der täglich (!) der politische Gegner attackiert werden sollte. Dies sind reine Luftnummern.*

#### Kommentar:

In der Tat konnte das im Juni 2016 beschlossene Kampa-Konzept ab Mitte September nicht wie geplant weitergeführt werden, nachdem bis dahin 2016 planmäßig mit dem Aufbau begonnen worden war.

Die Gründe sind den aktuellen und früheren Mitgliedern des Bundesvorstandes bestens bekannt:

Durch den verlorenen Namensstreit und die daraus folgenden Turbulenzen bis hin zum privat bedingten Rücktritt unserer früheren Bundesvorsitzenden Ulrike Trebesius wurde dem neuen Bundesvorstand eine völlig andere Prioritätensetzung aufgezwungen, die alle Ressourcen gebunden hat. Hinzu kam der Verlust wichtiger ehrenamtlicher Mitarbeiter.

Im SH-Wahlkampf wurde das Kampa-Konzept modellhaft einem Praxistest unterzogen, den es organisatorisch auch unter großen Belastungen bestanden hat.

Nach der Festlegung des Bundesvorstandes sich aus finanziellen Gründen auf einen virtuellen Bundestagswahlkampf zu beschränken, wurden diejenigen Teile des Kampa-Konzeptes, die sich auf die digitale Wahlkampfführung beziehen, ausdrücklich bestätigt, ohne dabei den Namen direkt aufzugreifen.

Dies ist auch nach dem Beschluss des Verdener Parteitages keinesfalls hinfällig, sondern wurde in allen wesentlichen Komponenten auch für die Kampagnenführung bis zur Europawahl von der Arbeitsgruppe geschäftsführender Vorstand/Europaabgeordnete empfohlen.

Das nicht jeder Plan umgesetzt werden kann, ist eine Lebenserfahrung. Besagte „5-vor-12“-Kampagne war ein guter und ambitionierter Ansatz Ende des vergangenen Jahres, der aus personellen Gründen nicht umgesetzt werden konnte.

Es mutet seltsam an, dass ein damaliger stellvertretender Bundesvorsitzender, der nach meinem Kenntnisstand dazu selbst keinen inhaltlichen Beitrag geleistet hat, über ein halbes Jahr später hieraus eine Rücktrittsforderung an den Bundesvorstand ableitet.

- *Im Finanzwesen der Partei stellen wir und andere Landesverbände erhebliche Defizite fest. Weder existiert ein Haushaltsplan (§17 Finanzordnung) noch eine mittelfristige Finanzplanung.*

#### Kommentar:

Diese angeblichen Defizite bestehen nicht, sie sind allenfalls behauptet um den Bundesvorstand zu diskreditieren. Hierbei handelt es sich zudem um eine Angelegenheit des Bundesvorstandes, die keinen speziellen Formvorschriften unterliegt. Aktuelle Finanzplanungsdaten sind dem Bundesvorstand zuletzt am 12. Mai 2017 zur Präsenzsitzung in Bergisch-Gladbach vorgelegt worden.

*Die Finanzsituation der Partei ist für den Vorstand intransparent und Berichte darüber werden nicht gegeben. Verträge und die Folgen ausgabenwirksamer Beschlüsse wurden dem Vorstand nicht vorgelegt.*

#### Kommentar:

Die Behauptung ist unwahr. Der Bundesschatzmeister hat nach falschen Unterstellungen auf dem Verdener Parteitag in einer Mail an alle Mitglieder auf das Ausführlichste zur Finanzsituation Stellung genommen und informiert. Die Frage, warum frühere oder aktive Bundesvorstandsmitglieder dennoch eine solche falsche Aussage formulieren und verbreiten, erschließt sich mir nicht.

*Landesschatzmeister und Vorstandsmitglieder beklagen, dass E-Mails und Anfragen an den Bundesschatzmeister nicht beantwortet werden.*

#### Kommentar:

Der Bundesschatzmeister informiert den Bundesvorstand regelmäßig in den Telkos und Präsenzsitzungen. E-Mails werden grundsätzlich beantwortet. Für die Kommunikation mit den Landesschatzmeistern ist absprachegemäß der stellvertretende Bundesschatzmeister Bernd Angelé zuständig, in Personalunion Schatzmeister des Landesverbandes Baden-Württemberg.

- *Bernd Kölmel, damals noch stellvertretender Bundesvorsitzender, hatte bereits im Sommer 2016 dafür geworben, die Partei thematisch zu fokussieren, damit wir uns besser bekannt machen können. Diesen Vorschlag wiederholte er sicher ein Dutzend Mal, bevor er nach den Wahlniederlagen im Saarland und in Schleswig-Holstein nun endlich vom geschäftsführenden Bundesvorstand aufgegriffen wurde. Inzwischen ist auch der geschäftsführende*

*Bundesvorstand der Meinung, dass dieses Vorgehen unerlässlich für den Erfolg der LKR ist.*

### Kommentar

Um es für alle Leser verständlich zu machen, worum es konkret geht:

Der bis vor kurzem stellvertretende Bundesvorsitzende Bernd Kölmel hat in der Tat im Sommer 2016 stark dafür plädiert, dass sich die Partei ausschließlich auf das Thema Europapolitik beschränken solle.

Angesichts der beabsichtigten Teilnahme an Landtagswahlen, vor allen Dingen aber an der Bundestagswahl, wurde dies mehrheitlich als nicht sonderlich zielführend angesehen.

Die jetzige Empfehlung der Arbeitsgruppe geschäftsführender Vorstand / Europaabgeordnete, über die derzeit eine Mitgliederbefragung stattfindet, den politischen Schwerpunkte bis zum Tag der Europawahl auf die Themen Euro und EU zu legen und weiter Themen nach Möglichkeit in einen europapolitischen Kontext zu stellen, beruht darauf, dass der Parteitag in Verden beschlossen hat nicht an der Bundestagswahl teilnehmen und dass die Europawahl die nächste bundesweite Wahl ist.

- *Strategisches und zukunftsgerichtetes Denken, welches für eine kleine Partei wie die LKR lebensnotwendig ist, lässt sich aus den aufgeführten exemplarischen Punkten nicht ableiten.*

### Kommentar

Diesen Vorwurf kann man wohlfeil erheben, muss sich dann allerdings an seinen eigenen Beiträgen und seiner eigenen Verantwortung messen lassen. Bernd Kölmel ist vom Tag der Parteigründung bis zum 17. Juni 2017 – also bis vor wenigen Wochen - stellvertretender Bundesvorsitzender unserer Partei gewesen.

#### *2. Finanzielle Verhältnisse des Bundesvorsitzenden*

*Derzeit werden die finanziellen Verhältnisse des Bundesvorsitzenden Christian Kott z.B. auf Facebook diskutiert. Danach sollen Vollstreckungsaufträge bis zu Anträgen auf Abgabe der eidesstattlichen Versicherung vorliegen. Selbstverständlich ist niemand ein schlechter Mensch, nur weil er Probleme mit Gläubigern hat oder zeitweise in Zahlungsschwierigkeiten steckt. Allerdings gelten diese Maßstäbe in der Wertung der Wähler gerade nicht für Politiker, da diese sich leicht erpress- und manipulierbar machen könnten. Gerade für eine kleine Partei wie die LKR ist es nicht akzeptabel, wenn diese Vorwürfe für den Bundesvorsitzenden zutreffen würden.*

*Aus diesem Grund erscheint eine sofortige Aufklärung der Vorwürfe oder der unverzügliche Rücktritt von dem Amt als Bundesvorsitzender zwingend.*

*Leider hat Christian Kott trotz der Bitten von Mitgliedern des Landesvorstands die Sachverhalte bisher nicht aufgeklärt. Stattdessen wird mit Nebelkerzen abgelenkt, indem man sich über den Erstinformanten Gert Widmann auslässt. Christian Kott bestreitet die Zahlungsschwierigkeiten im Grunde auch nicht, bezeichnet diese aber als eine Angelegenheit*

*der Vergangenheit. Statt zu einer sachlichen Aufklärung beizutragen, droht er im Weiteren jedoch nur noch mit rechtlichen Schritten.*

*Gleichwohl danken wir den Mitgliedern des Bundesvorstands für Ihre geleistete Arbeit und das gezeigte Engagement.*

#### Kommentar:

Dies ist der fragwürdigste Abschnitt des Schreibens, weil hier nicht nur Sachpunkte kritisiert werden, sondern weil ein Mensch gezielt an den Pranger gestellt wird um ihn politisch zu vernichten. Entsprechend fällt es mir hier an schwersten, dennoch mit der gebotenen Sachlichkeit zu antworten. Ich versuche es trotzdem.

Christian Kott hat am 23. Juli auf der Regionalkonferenz in Stuttgart – also nur wenige Tage vor dem Schreiben des Landesvorstands – detailliert und in aller Ausführlichkeit zu seinen finanziellen Angelegenheiten Stellung genommen und auf jede einzelne Frage ausführlich Rede und Antwort gestanden. Jede noch so private Frage wurde dort beantwortet, bis keine weiteren Fragen mehr auftauchten. Neben ca. 60 bis 70 Mitgliedern war auch fast der gesamte Landesvorstand Baden-Württemberg anwesend..

Es steht mir nicht zu, Auskünfte über die Vermögensverhältnisse von Christian Kott zu geben, schon gar nicht in einem schriftlichen Dokument. Jedem interessierten Mitglied ist es aber nach wie vor möglich, ihn direkt zu fragen, wozu ich herzlich einlade.

Christian Kott hat der Bundespartei zwei Darlehn über insgesamt 250.000 € gewährt. Dies wäre schwerlich möglich gewesen und sicherlich nicht geschehen, wenn er nicht hinreichend solvent wäre und noch ein paar Euro darüber hinaus auf dem Konto hätte.

Die Bewertung der im Schreiben des Landesvorstandes Baden-Württemberg enthaltenen Unterstellung einer möglichen Erpressbarkeit oder Manipulierbarkeit des damaligen Bundesvorsitzenden in seiner Amtsführung auf Grund angeblicher finanzieller Schwierigkeiten überlasse ich den Lesern, insbesondere hinsichtlich des von den Verfassern selbst so gerne bemühten Begriffes „Anstand“.

Vermutlich sind wir die einzige Partei weltweit, in der sich ein Förderer, der ein Darlehn über 250.000 € gewährt, dafür auch noch öffentlich demütigen lassen muss.

Die Aussage, „statt zu einer sachlichen Aufklärung beizutragen, droht er im weiteren nur noch mit rechtlichen Schritten“ verwundert ebenfalls.

Tatsächlich hat Christian Kott auf den Regionalkonferenzen gegen den früheren baden-württembergischen Landesgeschäftsführer Widmann und weitere Personen rechtliche Schritte angekündigt und diese zwischenzeitlich auch eingeleitet. Es erschließt sich mir nicht, wieso der Landesvorstand Baden-Württemberg dieses nach meinem Verständnis und dem vieler Mitglieder absolut begrüßenswerte Vorgehen mit dem negativen Begriff „drohen“ belegt.

Vor diesem Hintergrund erhält die Behauptung, es werde nicht aufgeklärt, sondern „mit Nebelkerzen abgelenkt“, einen ganz besonderen Geschmack. Vor allen Dingen ergibt sie – wie das gesamte Dokument - keinen Sinn in einem lediglich internen Schreiben zwischen Landesvorstand und Bundesvorstand.